# Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Halbmonatl. 1,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 48 Rpf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Rpf.

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Zifferanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 5 gültig.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361—9366

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 81 × Mittwoch, 7. April 1937 45. Jahrgang


# Gesunde Gemeinden im Dritten Reich!

**Jahrestagung des Deutschen Gemeindetages — Deutschland-Debatte im Kapstadter Parlament — Streikpsychose in Frankreich**

## van Zeelands Mission

Es war seit längerer Zeit schon deutlich geworden, daß die Internationale Zuckerkonferenz in London den Rahmen für mehr als eine bloße Behandlung der Fragen des Weltzuckermarktes abgeben sollte. Zur Gewißheit wurde das, als man die Namen der einzelnen Delegierten erfuhr. Und nun ist denn auch, rascher als man wohl selbst wollte, die Katze aus dem Sack gelassen worden: der belgische Ministerpräsident van Zeeland hat den Auftrag erhalten, eine internationale Aktion zur Lösung der zwischenstaatlichen Wirtschafts- und Währungsschwierigkeiten, insbesondere zum Abbau der internationalen Handelshemmnisse in die Wege zu leiten. Begleitet wurde dieser Auftrag durch die wohl nicht ganz zufälligen Erklärungen von Staatssekretär Hull, der mit bemerkenswerter Offenheit die Methoden von Versailles kritisierte und forderte, man müsse endlich zu einer Zusammenarbeit kommen, solle eine neue Katastrophe vermieden werden.

Die Melodie ist nicht unbekannt. Schon als im Herbst vorigen Jahres im Rahmen der großen Abwertungsaktion das bekannte Währungsabkommen zwischen USA., England und Frankreich abgeschlossen wurde, wurde sehr laut verkündet, das sei der Beginn einer neuen wirtschaftlichen Aera. Es ist bekanntlich bei diesen Erklärungen geblieben, wozu nicht wenig die etwas betonte und kühle Reserve Englands beigetragen hat.

Inzwischen ist, weltwirtschaftlich gesehen, ein großer Umschwung eingetreten. Durch die gewaltigen Rüstungsprogramme Englands und dann auch Frankreichs wurde zunächst an den Rohstoffmärkten eine Nachfrage hervorgerufen, die zusammen mit ohnehin vorhandenen Belebungstendenzen und dann nicht zum wenigsten geschürt durch eine in der westlichen Einflußsphäre ja ziemlich ungehinderte Spekulation den Charakter einer geradezu stürmischen Hausse annahm.

Als diese Zusammenhänge, als dieses Wettrennen zwischen Gold und Rohstoffen bei Abschluß der französischen Rüstungsanleihe besonders deutlich wurden, sagten wir hier: „Man sieht an diesem Beispiel wieder einmal, mit wie wenig Weitblick die westliche Politik arbeitet. Um augenblicklicher Erfolge willen, die sie ruhig abzuwägen meist nicht einmal Zeit hat, verursacht sie Wirkungen, die dann später mit um so größerer Wucht auf sie zurückfallen." Diese Sorge, das jetzt so jäh hervorgelockte Angebot werde über kurz oder lang zu neuen Spannungen und Schwierigkeiten führen, lastet nun auch auf den westlichen Staaten, und sie meinte Hull offenbar, als er von Möglichkeiten neuer Katastrophen sprach. Denn man darf nicht vergessen, daß die von den Rohstoffmärkten ausgehenden Preistendenzen auch das ohnehin durch Streiks erschütterte soziale Gefüge der Weststaaten durch neue Lohnauseinandersetzungen abermals gefährden — Dinge, auf die man mehr oder minder verblümt auch hinweist.

Der letzte Beweggrund für die neue Tätigkeit ist also das Bestreben, die Prosperität Englands sowie der Vereinigten Staaten, die man erneut bedroht sieht, zu sichern. Bezeichnend dafür ist ein Satz aus dem heutigen Leitartikel der „Times", in dem es heißt, daß die Regierungen gezwungen seien, einen Weg zur Erweiterung der Grundlagen der wirtschaftlichen Erholung zu finden, um diese mehr auszubalancieren und stabiler zu machen, und daß dafür nicht allein eine innere Wirtschaftsbesserung genüge, sondern daß man auch untereinander besser zusammenarbeiten müsse.

Diese bessere Zusammenarbeit soll jetzt also van Zeeland in die Wege leiten. In Brüssel weist man darauf hin, daß die Mission begrenzt sei und zunächst mehr theoretischen Charakter habe. Der belgische Ministerpräsident solle, so erklärt man hier, zunächst lediglich eine Untersuchung vornehmen über die Möglichkeiten einer Senkung der Handelsschranken, insbesondere einer allgemeinen Einschränkung der Kontingentierungsmaßnahmen. Seine Aufgabe, so wird dabei betont, bestehe vorerst hauptsächlich darin, zunächst einmal festzustellen, ob eine große gemeinsame Aktion auf diesem Gebiete, die belgischerseits an sich als durchaus zweckmäßig angesehen wird, heute schon in Angriff genommen werden kann ohne befürchten zu müssen, daß einem solchen Vorgehen dasselbe bedauerliche Schicksal zuteil werde, das alle früheren internationalen Bestrebungen zur Reorganisation der Weltwirtschaft gehabt haben. Sollten die zunächst theoretischen Untersuchungen, zu denen sich der Ministerpräsident van Zeeland bereit erklärt hat, und denen der belgische Ministerrat ausdrücklich seine Zustimmung erteilte, ein positives Ergebnis haben, so nimmt man allgemein an, daß van Zeeland auch mit der späteren Durchführung des Problems beauftragt werde.

Man wird also das Ergebnis dieser Untersuchungen vor der Hand erst einmal abwarten müssen. Die Aussichten für die endgültige Vereinigung freilich scheinen uns nicht allzu rosig zu sein. Die Erkenntnis, daß es die Methoden von Versailles waren, die die weltwirtschaftliche Zusammenarbeit zerschlugen, ist nun wenigstens ausgesprochen worden. Aber bis zur Nutzanwendung ist meist noch ein langer Weg. Ohne sie aber ist — das haben wir oft genug dargelegt und bewiesen — eine dauerhafte Gesundung nicht zu erreichen. Mit wirtschaftlichen Palliativmitteln ist die im letzten Grunde politische Erkrankung — diese Zusammenhänge sind unabdingbar — nicht zu beheben.

Hinzukommt, daß man aus gewissen Anzeichen schließen muß — unser Londoner Korrespondent verwies darauf in seiner gestrigen Meldung sehr deutlich —, daß England auch jetzt noch keineswegs bereit ist, zu einem auch nur beschränkten Freihandel zurückzukehren. Es mag schon stimmen, daß die Initiative für die Beauftragung van Zeelands auf London zurückgeht. Man ist dort über den Rückgang des englischen Außenhandels besorgt und möchte daher die Kontingentspolitik der andern abbauen, ist aber selbst zu grundsätzlichen Zugeständnissen nicht bereit. Ja, es scheint fast so, als suche man jetzt schon einen Sündenbock, dem man die Schuld am Scheitern hochfliegender Pläne zuschieben könne. Ausdrücke im schon erwähnten Leitartikel der „Times", wie „prohibitive nationale Schranken", die angeblich den „Weg zur Befriedung blockieren", sind deutlich genug und mahnen zur Zurückhaltung. Möglich dagegen erscheint, daß England soweit dem auf ihm ausgeübten Druck nachgibt und sich zu engeren Bindungen an USA. — vielleicht in Form von Richtlinien gemeinsamen Vorgehens, vielleicht auch durch förmliche Wirtschaftsabmachungen — bereit finden läßt. Aber die jetzt wieder proklamierten Pläne reichen ja erheblich weiter.

Nur ein gutes haben all solche Pläne und Erörterungen doch: sie legen immer wieder den Finger auf die der Welt durch Versailles geschlagenen Wunden. Sosehr man auch darum herumreden möchte: die Tatsachen sind stärker und setzen sich durch. Auf diese Weise wird vielleicht doch der Tag vorbereitet, an dem man nicht mehr sich an weltwirtschaftlichen Wunschträumen berauscht, sondern zu jener politischen Tat kommt, in deren Folge sich eine neue weltwirtschaftliche Zusammenarbeit dann ganz von selbst einstellen wird.

P. L.

## Dr. Frick über die Verwaltungsreform

**Die Ziele der deutschen Kommunalpolitik: Leistungssteigerung und gestärkte Verwaltungskraft**

Bericht unsrer Berliner Schriftleitung

Br. Berlin, 7. April

**In der Krolloper zu Berlin ist am Mittwochvormittag der Deutsche Gemeindetag zu seiner diesjährigen Jahrestagung zusammengetreten, die sich über zwei Tage erstrecken wird. Die Reichsleiter, die Gauleiter und die Innenminister der Länder nehmen mit ihren Kommunaldezernenten als Ehrengäste an der Tagung teil. Daraus schon wird die Bedeutung dieser Tagung für das gemeindliche Leben ersichtlich, noch mehr aber aus der Tatsache, daß außer dem Reichsinnenminister Dr. Frick, der bereits in der Eröffnungssitzung das Wort ergriff, auch der Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk und Ministerpräsident Generaloberst Göring zu den Vertretern der Gemeinden sprechen werden.**

Als der Vorsitzende des Deutschen Gemeindetages, Reichsleiter Oberbürgermeister Fiehler, heute die rund 1500 Teilnehmer, unter ihnen als Ehrengäste die Reichsminister Dr. Frick, Gürtner und Seldte, begrüßte, hob er hervor, daß die große Zahl der Teilnehmer beweise, wie hoch der Wert der Selbstverwaltung von allen Seiten geschätzt werde. Darauf nahm

**Reichsinnenminister Dr. Frick**

das Wort zu einem Vortrag über grundsätzliche Fragen der Verwaltungsreform. Er stellt darin zunächst fest, daß die Gesundung der Gemeinde im vergangenen Jahr weitere Fortschritte gemacht hat. Er betonte, daß alle Maßnahmen für den Neubau des Reiches ausschließlich mit dem Maßstab der Nützlichkeit für das Volk gemessen werden. Die gemeindliche Selbstverwaltung sei dem deutschen Volke wesensgemäß, weil sie an die Gegebenheiten des Volkes anknüpfe. Das Dritte Reich habe sich mit der deutschen Gemeindeordnung zu dem Gedanken bekannt, daß

**nicht Zentralisation das Kennzeichen unsrer neuen Verwaltung**

sei, sondern daß der Selbstverwaltung weiter Raum zu lassen sei. Der Minister fuhr dann fort: Gemeinden, Stadtkreisen und Gauen seien im neuen Reichsbau bestimmte Aufgabenkreise zugemessen, die sich auch ohne gesetzliche Festlegung aus dem Wesen der Selbstverwaltung ergeben. Das Maß dieser Aufgaben sei nach den örtlichen Verhältnissen verschieden; es werde auch nach der Art des Aufgabenträgers vom Reiche verschieden bemessen. Es werde aber stets eine gewisse Mindestgrenze geben, die erfüllt werden muß, wenn der Selbstverwaltungsträger seiner Aufgabe gerecht werden wolle. Aus der Pflichtenstellung der Selbstverwaltung gegenüber dem Reich ergebe sich demnach die Notwendigkeit, eine gewisse

**Leistungsgleichheit oder Mindestleistungsfähigkeit**

der Gemeinden und Gemeindeverbände zu schaffen. Damit stelle sich ein Problem, das für die kreisangehörigen Gemeinden, für die Stadtkreise und auch für die Landkreise, in der weiteren Entwicklung auch für die Gaue wesentlich gleiche Bedeutung habe. Das Reich müsse in allen Zeiten, besonders aber in Zeiten der Gefahr, die unbedingte Gewißheit haben, daß es sich bis in die unterste Stufe hinein auf eine gewissen Anforderungen genügende Verwaltungseinrichtung verlassen könne. Wo diese Gewißheit nicht bestehe, könne das Reich aus zwingenden Gründen derartige Gemeinden auf die Dauer nicht hinnehmen.

**„Zwerggemeinden in diesem Sinne haben keine Daseinsberechtigung. Sie stehen unterhalb dessen, was an Mindestleistungsfähigkeit vorhanden sein muß, und ihre Beseitigung kann deshalb nur eine Frage der Zeit sein."**

Bei ihrer besonderen Aufgabenzumessung müsse auch für die Stadtkreise eine gewisse Leistungsgleichheit geschaffen werden. Auch hier sei deshalb die Beseitigung der „Zwergstadtkreise" auf die Dauer unaufhaltbar. Dr. Frick wandte sich hierauf der Frage der

**Normalgröße der Landkreise**

zu. Er habe in seiner Münchner Rede bereits bestimmte Einwohnerzahlen genannt, 60 000 bis 100 000. Es werde sich also darum handeln, in absehbarer Zeit jedenfalls in einer Reihe von Ländern größere Landkreise zu schaffen, als sie bisher dort bestehen. Die Lösung des Problems zu kleiner Verwaltungsbezirke werde zu einer außerordentlich weitgehenden Verbesserung der Gesamtorganisation unsres staatlichen und gemeindlichen Lebens führen. Die deutsche Gemeindeordnung gehe grundsätzlich davon aus, daß jede Gemeinde die Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft in Ausschließlichkeit erfüllen soll. Diesen Grundgedanken werde das Recht der Gemeindeverbände demnächst dahin fortbilden müssen, daß alle die Aufgaben, die überörtlichen Charakter haben und deshalb in der Gemeinde überhaupt nicht oder nicht zweckmäßig durchgeführt werden können, in der Regel in die

**Zuständigkeit des nächsthöheren Gemeindeverbandes**

gehören. Nur eine solche Lösung gewährleiste einen klaren, einfachen und durchsichtigen Verwaltungsaufbau. Bei bestimmten Fällen von Aufgaben bleibe nur der Weg der Verbandsbildung, der Weg der Begründung eines Zweckverbandes, der sich dann als ein dritter Körper in den regelmäßigen Aufbau zwischen Gemeinde und Gemeindeverband einschiebe. Dr. Frick erklärte:

**„Leistungssteigerung der Gemeinden, Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden sind die Ziele, die uns gestellt sind und die wir in naher Zukunft mit den verschiedensten Mitteln erreichen werden."**

Die Reihe der Referate wurde dann durch den Vorsitzenden des Deutschen Gemeindetages, Reichsleiter Oberbürgermeister Fiehler, eröffnet.

**Fiehler sprach die Bitte aus, auf dem Wege der Auflockerung der Staatsaufsicht fortzufahren. Die Gemeinden und Gemeindeverbände müßten wirklich „mündig" werden und dürften nicht in Versuchung kommen, die Verantwortung nach oben abzuschieben.**

### Dr. Schacht besucht Brüssel

× Brüssel, 7. April

Reichsbankpräsident Dr. Schacht trifft am 18. April in Brüssel zu einem zweitägigen Aufenthalt ein, um den Besuch zu erwidern, den ihm der Gouverneur der belgischen Nationalbank, Louis Franck, vor einiger Zeit in Berlin abgestattet hat.

## Im Brennspiegel

### Provokation in Graudenz

Der Polnische Westmarkenverband hat von jeher nicht gerade zu den Förderern deutsch-polnischer Verständigung gehört; aber die Ereignisse, die sich auf seiner Graudenzer Großkundgebung im Rahmen einer Pommerellenwoche abgespielt haben, grenzen nun an eine Gefährdung der guten Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Durch die Straßen von Graudenz wurden im Umzug Transparente mitgeführt, auf denen weithin die Aufschriften leuchteten: „Graudenz soll die zukünftige Hauptstadt der nichtbefreiten Gebiete werden!" „Das Schlochauer Land muß in den Schoß der Mutter zurückkehren!" Nach der großen Kundgebung stellte die Versammlung fest: „Aufrechterhalten bleibt in seinem ganzen Umfang das nicht realisierte Recht Polens auf die nicht befreiten Gebiete" und ermunterte „die Landsleute besonders im Ermland und in Masuren zum Aushalten bis zu dem Augenblick, da für sie das Morgenrot der Freiheit leuchtet".

Das sind deutliche Worte. Und es sind Worte, die unter den Augen der Regierung ausgesprochen worden sind. Der Hauptredner auf der Kundgebung war der Graudenzer Vizestadtpräsident, eine amtliche polnische Persönlichkeit. Was wäre in Polen geschehen, müssen wir fragen, wenn in Deutschland in solcher Form ein Ruf nach großen polnischen Gebieten erhoben worden und große Plakate durch deutsche Straßen getragen worden wären: „Wir verlangen die Rückgabe Ostoberschlesiens!" „Wir grüßen die Millionen unerlöster deutscher Brüder in Polen und Pommerellen!"? Die in Polen guten Willens sind, werden verstehen, daß die Kundgebung des Westmarkenverbandes beim deutschen Volk außerordentliche Empörung hervorrufen muß. Die amtlichen polnischen Stellen sind bisland sehr rasch bei der Hand mit Protesten gewesen, wenn einmal auf einer alten Landkarte nur andeutungsweise die ehemaligen Reichsgrenzen angegeben waren. In Graudenz war eine große Landkarte im Schaufenster einer Buchhandlung ausgestellt, in der die nach Ansicht des Westmarkenverbandes „noch zu befreienden" deutschen Gebiete rot umrändert waren. Symbol der Stimmung dieser Tagung. Es steht zu hoffen, daß die polnische Regierung jetzt schnell und energisch handelt; denn der chauvinistische Vizebürgermeister stellt nicht zuletzt auch den guten Willen in Frage, mit dem die polnische Regierung zum deutsch-polnischen Ausgleich steht.

### Paradies der Fassade

In vollen Tönen haben die Zeitungen der Volksfront den „freien Montag" besungen, der im Zuge der Einführung der Vierzigstundenwoche in Frankreich geschaffen worden ist. Denn um die Vierzigstundenwoche durchführen zu können, werden alle Ladengeschäfte, die nicht von ihrem Besitzer allein bedient werden können, künftighin am Montag geschlossen bleiben, und es versteht sich von selbst, daß die Zeitungen der Linken dies als eine gewaltige soziale Errungenschaft preisen. Sie haben darüber nur übersehen, auf die Auswirkung dieser Maßnahme hinzuweisen: auf die Preissteigerung in Frankreich. Die Pariser, die am vergangenen Montag spazierengehen konnten, kauften am Dienstag, als die Geschäfte wieder offen waren, ihr Brot zu einem Preis, der um ein ganzes Drittel höher ist, als er im Sommer des vergangenen Jahres war, und wenn die Pariser Hausfrau ihr Haushaltgeld einteilt, sieht sie, daß sie alles teurer einkaufen muß. Nach amtlichen Angaben sind die Milchpreise seit August 1936 um ein Drittel, die Butterpreise um fast die Hälfte gestiegen. Der Wein, in Frankreich, dem klassischen Weinland, ein Hausgetränk, ist teurer geworden, das Fleisch kostet mehr, und die Richtzahl für die Ausgaben einer Arbeiterfamilie ist um 23,3 Prozent gestiegen! (Siehe auch die Meldung auf Seite 3.)

Das ist die Kehrseite der Lohnerhöhungen, die die Volksfrontregierung unter dem Druck der Streikbewegung durchgeführt hat. Wiederum ist die vom neuen Deutschland erkannte und befolgte Wahrheit erhärtet worden, daß Lohnerhöhungen ohne Produktionssteigerung nur zu Preiserhöhungen führen und sich am Ende in ihr Gegenteil verkehren. Der französische Arbeiter trägt eine vollere Lohntüte nach Hause; aber seine Frau erhält für den Inhalt dieser Tüte schon weniger als vorher. Schon jetzt übersteigt die Verteuerung der Lebenshaltung die geringen Lohnerhöhungen, und die Einführung der Vierzigstundenwoche wird diese Entwicklung noch beschleunigen. Weniger Arbeit hat der Anfang geheißen, weniger Geld ist das Ende. Erhöhung der Löhne — Erhöhung der Preise, wieder Erhöhung der Löhne, wieder Preissteigerungen. Wir Deutschen haben erfahren, wohin solche Kette führt, und wir haben die